



Vier Jahre erfolgreiche Arbeit für die Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler

Jochen-Konrad Fromme verabschiedet sich und zieht Bilanz

Liebe Leserinnen und Leser,
 das Ergebnis der Bundestagswahl 2009 hat dafür gesorgt, dass ich trotz eines von allen für aussichtsreich gehaltenen Listenplatzes den Einzug in den Bundestag verfehlt habe. Damit kann ich meine Aufgaben an der bisherigen Stelle nicht mehr fortsetzen und verabschiede mich mit dieser Ausgabe von Ihnen. Ich bedauere dies persönlich sehr, weil ich mich in den letzten Jahren sowohl mit der Materie als auch mit den damit verbundenen Menschen identifiziert habe und mir der Einsatz große Freude bereitet hat. Es ist gelungen, in der Union die Überzeugung zu stärken, dass hier noch viele ungelöste Aufgaben liegen und sowohl im Grundsatzprogramm als auch im Regierungsprogramm vertriebenen- und aussiedlerpolitische Positionen zu festigen. Diese gute Ausgangsposition hat ebenfalls dafür gesorgt, dass diese Themen in Zukunft nicht vernachlässigt werden: Die Fraktion der Union im Deutschen Bundestag hat wieder als Einzige eine besondere Arbeitsgruppe für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler eingerichtet, die sogar stärker sein wird als in der letzten Wahlperiode. Ende November wählt die neukonstituierte Gruppe einen Nachfolger für mich.

Ich möchte mich bei Ihnen für die gute Unterstützung und die freundschaftliche Zusammenarbeit bedanken. Allein das Beispiel der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zeigt, dass man

mit Beharrlichkeit Ziele erreichen kann – auch wenn einmal Umwege geboten sind. Insgesamt ist es doch geglückt, für das Thema Vertreibung und deren Folgen mehr Aufmerksamkeit in der deutschen Öffentlichkeit zu gewinnen. Dies ist notwendig, um einerseits den Betroffenen die endgültige Verarbeitung zu



Jochen-Konrad Fromme

ermöglichen und andererseits junge Menschen daran zu erinnern, dass Frieden, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit keine Selbstverständlichkeit in Europa sind. Darin habe ich meine Aufgabe gesehen und versucht, mein Bestes zu geben. Ich bin vielfältig auf eine konstruktive Resonanz gestoßen und musste selbstverständlich auch manche Kritik einstecken. Meine Funktion übergebe ich in dem Bewusstsein, dass Aufgabenfeld vorangebracht zu haben und verweise auf die angefügte Dokumentation unseres Kongresses „Wandel durch Erinnerung“, der ein bundesweites positives Medienecho fand sowie auf die Bilanz der 16. Legislaturperiode. Ich wünsche Ihnen weiterhin alles Gute.

Mit herzlichen Grüßen

INHALT

SEITE 3
GESTALTUNGSKRAFT DURCH ERINNERUNG
 Volker Kauder

SEITE 5
WIR WOLLEN EIN VERSÖHNTES EUROPA
 Erika Steinbach

SEITE 6
KINDER UND ENKEL VON VERTRIEBENEN HABEN DAS BEDÜRFNIS NACH KLÄRUNG UND WAHRHEIT
 Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

SEITE 7
BILANZ DER GRUPPE IN DER 16. LEGISLATURPERIODE
 Sven Oole

Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2009

„Wandel durch Erinnerung. Aussöhnung mit Deutschlands Entwurzelten:



Auch 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen ein aktuelles Thema. So haben Anfang 2009 über 400 Teilnehmer in drei Diskussionsrunden im CDU/CSU-Fraktionssaal im Berliner Reichstag einen ganzen Tag lang über die Vergangenheitsbewältigung, Kriegskinder und Enkelgeneration sowie Integrationsfragen engagiert diskutiert. Im Mittelpunkt des Interesses stand die Rede der Bundeskanzlerin.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist die einzige Fraktion im Deutschen Bundestag, welche die Interessen der Vertriebenen in einer eigenen Arbeitseinheit von Abgeordneten bündelt, hob der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Ausiedler, Jochen-Konrad Fromme MdB, hervor. Der Kongress hat in der Fraktion bereits Tradition. Alle zwei Jahre lädt die Union

zu diesem Thema nach Berlin ein. Herr Fromme unterstrich, dass die Tagung daher nicht im Zusammenhang mit der derzeit laufenden Diskussion um den Sitz des BdV im Stiftungsrat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zu sehen sei. Diese Ausstellungs- und Dokumentationsstätte soll künftig in Berlin an das Unrecht millionenfacher Vertreibungen erinnern und zur Versöhnung beitragen, die seit Beginn des Jahres der Stiftung Deutsches Historisches Museum angegliedert ist. Die geplante Dauerausstellung soll auch die gesamteuropäischen Aspekte von Vertreibung bis zur Gegenwart dokumentieren. Standort der Dokumentationsstätte wird das historische Deutschlandhaus in unmittelbarer Nähe zum Anhalter Bahnhof und Potsdamer Platz sein.

Aussöhnung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit

Begrüßungsrede von Jochen-Konrad Fromme MdB

Noch bevor der Kongress „Wandel durch Erinnerung“ das Licht des Tages erblickte, wurde er schon in Frage gestellt. Als wir mitten in den Vorbereitungen steckten, erreichte uns die Kritik, dass eine derartige Veranstaltung im Zuge der aktuellen politischen Debatte um meine Kollegin Erika Steinbach wenig Sinne mache. Ich möchte deshalb darauf hinweisen, dass dieser Kongress ursprünglich bereits im Dezember 2008 geplant war und wegen einer Sonder-sitzung der Fraktion verschoben werden musste. Zudem droht unser Kongress, so könnte man ebenfalls anführen, in den zahlreichen Veranstaltungen im Erinnerungsjahr 2009 unterzugehen. Denn wir gedenken in diesem Jahr den ersten demokratischen

Wahlen in Deutschland 1919. Im Mai vor 60 Jahren wurde das Grundgesetz verkündet, welches die Voraussetzung für die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis heute war. Zugleich jährt sich zum zwanzigsten Mal der Fall der Mauer im Herbst 1989, der die deutsche Wiedervereinigung nach sich zog. Erinnert wird auch daran, dass das national-sozialistische Deutschland vor siebzig Jahren mit dem Überfall auf Polen im Jahr 1939 den Zweiten Weltkrieg begann und millionenfache Not über die Welt brachte. Kommt uns aber nicht bei zuviel Erinnerung unsere Zukunft abhandeln? Haben wir angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise keine dringenderen

Themen auf der Agenda der Unionsbundestagsfraktion? Dass Sie so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind, belegt eindrucksvoll, wie groß das öffentliche Interesse an Deutschlands Entwurzelten, den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern, ist. Ein Drittel der Teilnehmer ist laut Anmelde-Liste jünger als 40 Jahre. Ein weiterer Beleg dafür, dass diese Thematik eben nicht von gestern ist und nur die ältere Generation beträfe. Im Gegenteil, warum die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen vor mehr als 60 Jahren in jüngster Zeit eine neue Aufmerksamkeit findet, welches sich in aufwendigen Fernseh- und Kinofilmen mit Millionenpublikum oder Buch-Bestsellern widerspiegelt, soll hier im Vordergrund stehen. Kein Lebewesen, erklärt der Essener Sozialpsychologe Harald Welzer kürzlich im Deutschlandfunk, komme ohne Gedächtnis aus. Wie wären Sie sonst in der Lage, nach dem Kongress nach Hause zu gelangen? Erinnerung sei laut Welzer ein Prozess und Gedächtnis der Zustand. Erinnerung diene dazu, und das halte ich für eine wichtige Aussage, sich in der Gegenwart auf die Vergangenheit zu beziehen, um sich für die Zukunft orientieren zu können. Genau diesen Bogen versucht die Konzeption unseres Kongresses zu schlagen. Das Ziel ist, die heutige Bedeutung von Flucht, Vertreibung und Spätaussiedlerfragen deutlich zu machen. Auch steht der Vorbildcharakter einer – gerade in Studien belegt – erfolgreichen Integration deutscher Spätaussiedler zur Debatte. Die Flucht und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges war die weltweit größte demografische Umwälzung des 20. Jahrhunderts. Deshalb ist es unser politischer Auftrag, an das Leiden der Deutschen zu erinnern. Die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ ist deshalb eines der wichtigsten Projekte unserer nationalen Identität in Europa. Über den Verlauf der Debatte um die Stiftung ließe sich manches sagen. Es verbietet sich aber an dieser Stelle das zu tun, denn hier soll es um das übergeordnete Thema gehen, das uns alle angeht, nicht nur die Union. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Spurensuche von Kriegskindern und nachfolgenden Generationen gilt es heute mehr denn je, den aktuellen Bezug zur gesellschaftlichen und politischen Lage in der



Bundesrepublik herzustellen. Es soll die zentrale These diskutiert werden, ob die Aussöhnung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit letztendlich positive Kräfte für die Bewältigung von gegenwärtigen wie zukünftigen Krisen freisetzt. Weil nicht nur die Union die Auffassung vertritt, dass diese Aussöhnung bereits im Gange ist, haben wir den Kongress in Anlehnung an die bekannte Form von Egon Bahr, hinter der das Konzept für die neue Ostpolitik der 70er Jahre steckte, „Wandel durch Erinnerung“ genannt. Denn zielten die damaligen Ostverträge auf eine Entschärfung des Kalten Krieges und eine außenpolitische Versöhnung mit den ostmitteleuropäischen Staaten ab, so gilt es jetzt endlich, den inneren Frieden der Deutschen herzustellen, indem man das letzte Kapitel des Zweiten Weltkrieges, die Flucht und Vertreibung von über 12 Millionen Menschen, als nationale Katastrophe und das Schicksal der Betroffenen endlich gesellschaftlich anerkennt. Der Bundespräsident fühlt sich, wie er mir schrieb, den Vertriebenen wie auch den Spätaussiedlern eng verbunden und bat mich, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern seinen herzlichen Gruß zu übermitteln. Ich schließe mich den Worten des Bundespräsidenten an und wünsche dem Kongress „Wandel durch Erinnerung“ fruchtbare Diskussionen.

„Gestaltungskraft durch Erinnerung“

Einführung von Volker Kauder MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir feiern in diesem Jahr einen runden Geburtstag: 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Ich bin in diesem Gründungsjahr 1949 wenige Tage nach der ersten Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Bonn, und wenige Tage vor der Wahl des ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer, in Hoffenheim in Baden-Württemberg geboren. Meine Eltern sind aus ihrer Heimat in Jugoslawien, aus der Batschka an der Grenze zu Ungarn vertrieben worden. Ich habe deshalb Erinnerungen an diejenigen, die zur Erlebnisgeneration gehörten. Sie haben mir geschildert, was ihnen geschehen ist im Krieg und während der Vertreibung.

Wir haben in diesem Jubiläumsjahr allen Anlass, Stolz darauf zu sein, was wir miteinander in diesem Land erreicht haben. Trotz Wirtschaftskrise, trotz Finanzkrise, trotz vieler Probleme, die wir haben, dürfen wir doch sagen, diese 60 Jahre Deutschland eine Erfolgsgeschichte sind. Und diese Erfolgsgeschichte wurde durch den Fall von Mauer und durch das Zusammenwachsen der

Deutschen noch vervollkommnet. An dieser Erfolgsgeschichte haben die Vertriebenen einen unglaublichen Anteil. Sie haben sich in diese neue Heimat, die zunächst als Heimat so noch nicht begriffen wurde, vollständig integriert. Sie haben angepackt und sich nicht nur um das Schicksal ihrer Familie gekümmert, sondern auch das Wohl in ihren Gemeinden, Vereinen und Organisationen. Sie haben sofort neue Chancen gesucht. In meiner Heimat kann man mit Fug und Recht sagen, dass sich Baden-Württemberg ohne die Innovationskraft und den Fleiß der Vertriebenen nicht so positiv entwickelt hätte. Und deswegen gehören die Vertriebenen ganz entscheidend dazu, wenn wir von Deutschland als einer Erfolgsgeschichte sprechen.

Flucht und Vertreibung ist ein Thema, das es schon vor dem Terror des Nationalsozialismus gab. Vertreibung hat Menschen immer in Unglück gestürzt. Wir wissen das genau und werden auch nie

zulassen, dass eine Umschreibung der Geschichte stattfindet. Der nationalsozialistische Terror war Ausgangspunkt für Millionen Tote, für Schreckensherrschaft in Deutschland sowie in Osteuropa. Daran gibt es überhaupt nichts zu deuteln. Und bevor die Vertreibung aus Osteuropa einsetzte, hatte Vertreibung in unserem eigenen Land unter dem Nationalsozialismus stattgefunden. Es wurden Deutsche, nur weil sie Juden waren, aus ihrer Heimat vertrieben. Ich habe gelesen, wie deprimierend es für Deutsche war, die im Ersten Weltkrieg für unser Land ihren Kopf hingehalten haben, und die dann nicht nur aus ihrer Heimat, sondern aus ihrer Sprache vertrieben wurden. Wenn Schriftsteller schreiben: „Schlimmer noch, dass ich aus Dresden nach Amerika weg musste, war, dass ich mich in meiner Sprache in einem fremden Land nicht mehr vermitteln konnte“. Die Vertreibung auch aus der Kultur, aus der geistigen Heimat war oft schlimmer als die körperliche Vertreibung aus der Stadt oder dem Land. An diesem Beispiel sieht man, dass Vertreibung die Menschen meist völlig entwurzelt. Und dass Vertreibung damit den Menschen einen Teil ihrer Identität und damit einen Teil ihrer Würde nimmt. Wenn wir unseren Kongress „Wandel durch Erinnerung“ nennen, möchte ich fast noch dazu sagen: „Gestaltungskraft durch Erinnerung“. Die Erlebnis-



Volker Kauder MdB

generation geht, aber diejenigen, die nun nicht mehr Erlebnisgeneration sind, haben die Aufgabe, die Erfahrungen der Erlebnisgeneration in die Zukunft zu tragen. Und dies darf nicht abreißen. Wir wehren uns dagegen, dass Vertreibung stattfindet, weil Vertreibung Unrecht ist. Und Unrecht muss beim Namen genannt werden. damit

„Wir sehen Sie als Deutsche“

Impulsreferat von Stephan Mayer MdB zur Integration der Aussiedler

Im zweiten Teil dieser meines Erachtens sehr ansprechenden Konferenz werden wir uns mit dem Themenkomplex der Integration der Aussiedler und Spätaussiedler beschäftigen. Im Programm steht: „die größte Migrantengruppe“ in Deutschland. Ich darf insoweit auch nochmal meinem Kollegen Fromme unterstützen und unterstreichen, was er gesagt hat: Wir sehen Sie als Deutsche. Sie sind Deutsche und ich glaube, dass allein deshalb der Begriff „Migrantengruppe“ vielleicht schon differenziert zu betrachten ist. Es ist bei diesem Thema auch noch einmal deutlich herauszustreichen, dass die Siedlungsgeschichte vieler Länder in Mitteleuropa, in Südosteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion bereits bis ins Mittelalter zurückreicht. Und, dass diese Länder sich anders entwickelt hätten, wenn es nicht Deutsche gegeben hätte, die im 15./16. Jahrhundert dorthin ausgewandert wären. Desweiteren gilt es auch noch einmal darauf hinzuweisen, dass Sie, die Aussiedler, die Spätaussiedler, die Deutschen in den Gebieten in Südostmitteleuropa, es waren, welche nach dem Zweiten Weltkrieg am stärksten gelitten haben. Sie wissen, dass die mannigfachen Vertreibungen, die 15 Millionen Deutschen wiederfahren sind, natürlich auch an ihnen große Spuren hinterlassen haben, dass ihnen Zwangsarbeit zuteil wurde, dass viele Deutsche in Mitteleuropa, in Südosteuropa geknechtet oder schikaniert wurden und leider Gottes auch viele Millionen ums Leben kamen Sie können sich deshalb auch sicher sein, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sich der hohen und großen Verantwortung

bewusst ist, die wir gegenüber den Aussiedlern – mittlerweile sind es seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland insgesamt vier Millionen, die zurückgekommen sind – und gegenüber den zwei Millionen haben, die sich nach wie vor in den Siedlungsgebieten auf-



halten. Und wir werden dieser Verantwortung auch nachkommen. Ich bin außerdem sehr froh, dass mit einer alten Mär Gott sei Dank vor kurzem endgültig aufgeräumt wurde. Nämlich mit der Mär, dass die Integration der Aussiedler und Spätaussiedler in Deutschland nicht gelungen sei. Die jüngste Studie des Berlin-Institutes für Bevölkerung und Entwicklung hat deutlich unterstrichen, dass mittlerweile die Gruppe der Spätaussiedler und Aussiedler die am besten integrierte Gruppe mit Migrationshintergrund in Deutschland ist. Ich möchte jedoch nicht verhehlen, dass noch nicht alles perfekt ist. Um auch dies klar zu sagen, es gibt deutlichen Verbesserungsbedarf und es gibt deutlichen Verbesserungsbedarf seitens der Politik, was die Integration von Spätaussiedlern und Aussiedlern in Deutschland angeht.

„Wir wollen ein versöhntes Europa“

Impulsreferat von Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen

Wir brauchen und wir wollen ein versöhntes Europa, in dem die vielen Völker friedlich miteinander leben können. Aus dieser Erkenntnis heraus haben am 5. August 1950 die deutschen Heimatvertriebenen mit ihrer „Stuttgarter Charta“ den Weg der Versöhnung eingeschlagen. Zu einer Zeit, wo noch alle Wunden offen lagen, war das eine fast übermenschliche Leistung. Mit diesem überragenden Friedens- und Europamanifest wurde ein Circulus vitiosus aufgebrochen. Aufgebrochen nicht von außen durch Gewalt oder Druck, sondern durch die Opfer selber. Durch Selbstüberwindung, durch Selbstverpflichtung und durch den Willen zu einem friedlichen Neubeginn. Nichts Vergleichbares gibt es. Unsere europäischen Völker leben bewusst oder unbewusst auf dem Fundament des christlichen Abendlandes. In der Warschauer Katholischen Akademie und im Prager Journalistenclub vor Studenten habe ich mit viel Zustimmung daran erinnert. Ob Baukunst, Musik oder Malerei, ob Wissenschaft oder Forschung, es war ein beständiges Geben und Nehmen in Europa. Dieser Austausch bereicherte. Die Menschen unseres Kontinents verbindet unendlich viel mehr als sie trennt. Die Vertriebenen haben mit ihrer Kultur wesentlichen Anteil daran. Deshalb liegt es im europäischen Interesse, dieses wertvolle Erbe lebendig zu erhalten.

Wie sieht nun unser gemeinsamer Weg in die Zukunft aus nach den schrecklichen Verwerfungen des 20. Jahrhunderts? Sollen wir das ausblenden, was es an Menschenunwürdigem in der Vergangenheit zwischen unseren Völkern gegeben hat?

Es geht bei der Aufarbeitung unserer jeweiligen Vergangenheit nicht um Buße oder gar Demütigung. Das wäre auch fruchtlos, ja kontraproduktiv. Wir müssen uns unserer Vergangenheit gemeinsam stellen, der guten und der schwierigen, um eine auf Dauer friedvolle und fruchtbare Zukunft zu gewinnen.

Günter Grass und der polnische Journalist Adam Michnik haben in großer Einmütigkeit festgestellt, dass historische Versöhnung nicht stattfinden kann, wenn düstere Kapitel der Vergangenheit tabuisiert werden. Dieses Denken gewinnt mehr und mehr an Raum auch bei unseren Nachbarvölkern. Wenn auch nicht bei allen. Was aber auch für ein Europa des Friedens Not tut, ist die bewusste und gewollte Eliminierung von menschenrechtsfeindlichen Gesetzen. Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen ist nicht Makulatur geworden. Das können wir am heutigen Tage feststellen. Millionen Menschen haben Geist und Buchstaben Wirklichkeit werden lassen und zum Aufbau Deutschlands und zum Frieden in Europa beigetragen. Das erfüllt uns mit großer Freude. Die Selbstverpflichtungen aus unserer Charta sind tatkräftig umgesetzt worden. Unser Aufruf an die Völker aber, Vertreibung weltweit entgegenzuwirken, ist nur ansatzweise Realität geworden. Nach wie vor ist die Vertreibung von Menschen immer wieder Mittel von Politik. Auch wenn die Völkergemeinschaft

wacher geworden ist. Tagtäglich müssten wir unseren Aufruf wiederholen, um das Weltgewissen weiter zu schärfen.

Eine wichtige gesellschaftspolitische Leistung des BdV war die Gründung unserer Stiftung „ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN“ im Jahr 2000. Wir wollen durch diese Stiftung erreichen, dass ein vollständiges und wahrhaftiges deutsches und europäisches Geschichtsbild gezeichnet wird.

Wir wollen zur Identitätsfindung im eigenen Lande beitragen. Wir wollen, dass in Berlin ein Dokumentationszentrum dafür entsteht.

Es ist mehr als 60 Jahre nach Kriegsende längst überfällig. Weit mehr als 400 Gemeinden aller politischen Richtungen sind Paten unserer Stiftung geworden. Auch die Bundesländer Hessen und Baden-Württemberg sind inzwischen Paten und es sieht so aus, dass weitere folgen werden. Renommiertere Persönlichkeiten haben sich an unsere Seite gestellt, etwa Peter Scholl-Latour, Rüdiger Safranski oder Harald Schmidt. Der BdV ist mit der Gründung dieser Stiftung aus der Abgeschlossenheit des eigenen Schicksals herausgetreten und nimmt solidarisch Anteil am Leid anderer. Für Opferverbände ist das durchaus nicht selbstverständlich. Wir haben durch diese Stiftung erreicht, dass die Bundesregierung in Berlin eine Erinnerungsstätte schaffen wird. Bei Ihrem Besuch im März dieses Jahres in Warschau hat Frau Bundeskanzlerin Merkel sehr klare Worte gefunden, als sie in Ihrer dortigen Rede sagte: „Als deutsche Bundeskanzlerin verstehe und unterstütze ich, dass die Deutschen, die zum Ende des Zweiten Weltkrieges mit Flucht und Vertreibung aus ihrer Heimat selbst Leid ertragen mussten, ihres Schicksals würdevoll gedenken können.“

Wenn dieses Vorhaben der Bundesregierung gut gelingt – und ich bin sehr zuversichtlich, dass es gelingt – dann werden die deutschen Heimatvertriebenen sich hier angekommen und angenommen fühlen können. Und für die Erlebnisgeneration wird es am Ende ihres Lebens ein tröstliches Gefühl sein, dass ihr Schicksal nicht vergessen ist, sondern einen festen Ort im kollektiven Gedächtnis unseres Vaterlandes hat.



Erika Steinbach MdB

„Bedürfnis nach Klärung und Wahrheit“

Rede der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Kongress der CDU/CSU-Fraktion

Gerade angesichts des 60-jährigen Bestehens der Bundesrepublik ist dieses Jahr ein Jahr, in dem wir zurückblicken, in dem wir uns unserer Identität vergewissern. Dies ist ein Jahr der Geschichte, in dem wir natürlich auch in die Zukunft blicken. Wir haben gerade in den letzten Wochen wieder erfahren: Flucht und Vertreibung sind keineswegs vergessen. Ganz im Gegenteil, möchte ich sagen. Die Schicksale der von Flucht und Vertreibung betroffenen Menschen berühren uns stets aufs Neue. In den vergangenen Monaten hat es auch viele künstlerische Ereignisse und Filme gegeben, die uns solche Schicksale noch einmal sehr plastisch vor Augen geführt haben. Erinnerungen, Trauer und Ängste lassen sich eben nicht einfach auslöschen. Das gilt für uns Deutsche genauso wie für Menschen in anderen Ländern, die Ähnliches erfahren haben.

Dieser Kongress steht unter dem Motto „Wandel durch Erinnerung“. Ich finde, dies ist ein sehr schönes, ein sehr spannendes Motto, über das es sich nachzudenken lohnt. Wenn wir von Politik für Heimatvertriebene reden, dann steht natürlich an erster Stelle die Erinnerung. Die persönlichen Erinnerungen derer, die als Erwachsene vertrieben wurden, die fliehen mussten, und derer, die als Kinder bewusst und teils unbewusst die Schrecken der Flucht erfahren haben, sind wach und sie sollen auch Teil unserer gemeinsamen Erinnerung werden.

Es geht auch um die Erinnerung derer, die zwar später geboren wurden, aber von klein auf erlebt haben, dass Flucht und Vertreibung immer wieder Teil der eigenen Familiengeschichte waren und sind. Die Schriftstellerin Petra Reski, die heute auch bei Ihnen war, hat in ihrem Buch „Ein Land so weit“ geschrieben – ich zitiere: „Die Flucht, die Flucht, die Flucht. Die Geschichte von der Flucht wurde jedes Mal erzählt, wenn zwei Erwachsene zusammenkamen.“

Zweifellos: Auch die Kinder und Enkel von Vertriebenen haben das Bedürfnis nach Klärung und vor allen Dingen nach Wahrheit. Jeder kennt das aus seiner Familiengeschichte. Man möchte ein Bild zusammenfügen aus dem, was man in jungen Jahren an Gesprächsfetzen hört, aus Fragmenten dessen, was immer wieder erzählt wird, aus den Geschichten, auch den Anekdoten, mit denen man aufgewachsen ist. Viele, die diese Geschichten, die diese Erzählungen in den Familien immer wieder gehört haben, haben den Eindruck bekommen, dass auch vieles verschwiegen blieb. Genau deshalb sind viele dieser Erinnerungen für diejenigen, die später geboren wurden, auch so lückenhaft. Die eigene Familiengeschichte bleibt ein Stück weit undurchschaubar. Ich möchte an dieser Stelle den Bundespräsidenten zitieren, der, wie ich finde, treffend formuliert hat: „Als der Krieg zu Ende war, waren wir noch Kinder. Wir wuchsen auf in einem zerstörten, geteilten Land. Wir wollten es wieder aufbauen und persönlich vorankommen. Heute spüre zumindest ich, dass darüber manches zu kurz kam – zum Beispiel das Gespräch über die Vergangenheit, die Frage nach dem Woher und Warum.“



Bundeskanzlerin Angela Merkel

Die Erinnerungen sind also vorhanden. Sie lassen sich nicht leugnen, sie sind Teil der Lebensbiografien, haben diese auch jeweils mit geprägt. Wenn wir uns einmal vor Augen führen, wie viele Erinnerungen das sind – wir haben gestern beim Empfang des BdV noch einmal an die über 15 Millionen deutschen Vertriebenen erinnert –, so ist das ein prägender Teil auch der Geschichte unseres Landes.

Das Bedürfnis, Erinnerungen lebendig zu halten, ist die Frage nach den eigenen Wurzeln und nach der eigenen Identität. Diejenigen, die Vertreibung nicht selbst erlebt haben, können immer nur versuchen, sich vorzustellen, was den direkt Betroffenen widerfahren ist. Aber schon allein dieser Versuch vermittelt zumindest einen Eindruck davon, welche tiefen Verletzungen das Geschehene in den Seelen der Menschen hervorgerufen haben muss – der Verlust der angestammten Heimat, des eigenen Hauses und der eigenen Wohnung. Familien wurden auseinandergerissen. In unzähligen Familien ziehen sich Vergewaltigung, Gewalt und Tod durch das Trauma der Vertreibung. Wer Flucht nicht selbst erleben musste, kann und darf niemals glauben, er könne verstehen, was das für die Betroffenen bedeutet und wie es auch fortwirkt, selbst über Generationen hinweg. Ich denke, dies zu glauben, wäre anmaßend und es wäre auch falsch.

Aber wir können eben, obwohl es immer eigenes Erleben bleibt, trotzdem nicht genug darüber in Erfahrung bringen. Wir können und dürfen das Kapitel der Flucht und Vertreibung nicht einfach für abgeschlossen erklären und im hintersten Winkel unserer Geschichtsarchive verstauben lassen. Wir tun vielmehr gut daran, genau hinzuhören, wenn die Vertriebenen uns ihre Geschichte erzählen. Noch – das wird nicht für immer sein – haben wir die Chance, diese Geschichten wirklich von Zeitzeugen zu hören.

Erfolge der CDU/CSU für Aussiedler und Heimatvertriebenen in der 16. Legislaturperiode

1. **Neue Relevanz von Flucht und Vertreibung verdeutlicht**

Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen erlebt in jüngster Zeit ein neues Interesse, welches sich in aufwendigen Fernseh- und Kinofilmen mit Millionenpublikum oder Buch-Bestsellern widerspiegelt. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Spurensuche von Kriegskindern und nachfolgenden Generationen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion etwa durch ihre Kongresse „60 Jahre Vertreibung – 60 Jahre Wege zur Aussöhnung“ und „Wandel durch Erinnerung“ unter großem Medienecho den aktuellen Bezug zur gesellschaftlichen und politischen Lage in der Bundesrepublik hergestellt. Dabei ist die zentrale These, dass die Aussöhnung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit letztendlich positive Kräfte für die Bewältigung von gegenwärtigen wie zukünftigen Krisen freisetzt, wesentlich von der Union vorangetrieben worden.

2. **Bundesförderung erhöht**

Nach einer langen Serie von Kürzungen seitens der rot-grünen Bundesregierung war die deutliche Erhöhung des Fördervolumens durch unseren Kulturstaatsminister Bernd Neumann ein sehr wichtiges Signal. Für die Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) wurden im Bundeshaushalt seit 2006 eine Million Euro mehr eingestellt. Allein 2009 beträgt die Bundesförderung hierfür fast 18 Millionen Euro. Erstmals stehen damit auch wieder Mittel für den grenzüberschreitenden Kulturaustausch zur Verfügung. In sieben Landes- und Spezialmuseen werden die großen Regionen und Siedlungsgebiete der Deutschen in Mittel- und Südosteuropa dargestellt – von Ostpreußen bis Siebenbürgen. Wir fördern daneben wissenschaftliche Institute, die sich der Erforschung von Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa widmen.

3. **Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ beschlossen**

Die Union hat es gegen teils heftigen Widerstand aus dem In- und Ausland geschafft, dass das im Koalitionsvertrag vereinbarte Projekt des „Sichtbaren Zeichens“ umgesetzt wird: Die vom Deutschen Bundestag Ende 2008 beschlossene Errichtung der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in der Trägerschaft des renommierten Deutschen Historischen Museums ist eines der wichtigsten Projekte unserer nationalen Identität in Europa. Im Deutschlandhaus am Anhalter Bahnhof in Berlin soll mehr als 60 Jahre nach Kriegsende des Schicksals von Millionen Vertriebenen in Europa und besonders der Flucht und Vertreibung von 14 Millionen Deutschen angemessen und würdevoll gedacht werden. Für die bauseitige Herrichtung der Ausstellungs- und Nutzungsfläche der Stiftung sind im Rahmen der Gesamtfinanzierung

des Deutschlandhauses circa 14 Millionen Euro und im Haushalt des Bundes für Miet-, Personal- und Sachausgaben jährlich 2,5 Millionen Euro vorgesehen. Der Bundestagsbeschluss ist ein außerordentlicher Erfolg der Union, die seit acht Jahren für diese Ausstellungs- und Dokumentationsstätte eingetreten ist, welche einen historischen Meilenstein zur Bewältigung unserer nationalen Katastrophe am Ende des Zweiten Weltkrieges darstellt.

4. **Nominierungsrecht der Vertriebenenverbände verteidigt**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat trotz öffentlicher Proteste von Anfang an klargestellt, dass es eine Dokumentations- und Gedenkstätte zu Flucht und Vertreibung der Deutschen ohne angemessene Beteiligung der Vertriebenenorganisationen nicht geben wird. Deshalb steht den Opferverbänden nach demokratischen Regeln das alleinige Nominierungsrecht zu, wen sie in die Gremien der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ entsenden. Dies hat die Union nicht zuletzt in ihrem Regierungs- und Wahlprogramm 2009-2013 deutlich hervorgehoben.

5. **Bundesvertriebenengesetz novelliert**

Mit der Achten Novellierung des BVFG hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Kontinuität der Verantwortung Deutschlands für die deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler unterstrichen. Wichtigstes Ziel der Änderung ist es, das Verfahren zur Ausstellung einer Spätaussiedler- oder Angehörigenbescheinigung erheblich zu beschleunigen: Das Verfahren wird anstatt zwei bis drei Monaten zukünftig nur noch zwei bis drei Wochen dauern. Mit dem Gesetz wird zudem die rückwirkende Aufhebung von Spätaussiedler- und Angehörigenbescheinigungen parallel zur Rücknahme von Einbürgerungen im Staatsangehörigkeitsgesetz geregelt. Ein wesentlicher Punkt des Gesetzes ist schließlich eine effektivere Gestaltung der Verwaltungspraxis: Das Bundesverwaltungsamt, das bereits heute die zentrale Behörde im Verfahren zur Aufnahme von Spätaussiedlern ist, wird in Zukunft auch für die Erteilung von Bescheinigungen in Altfällen zuständig sein. Die Bundesländer werden insoweit von parallelen Verwaltungsstrukturen entlastet.

6. **Kulturgut der Vertriebenen sichern: bundesweite Dokumentation der Heimatsammlungen**

Mit Unterstützung der Unionsbundestagsfraktion ist das bundesweite Projekt der Dokumentation der Heimatsammlungen angelaufen. Um das Kulturgut der Vertriebenen zu sichern, erfasst das Bundesinstitut für Kultur

und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg, in Kooperation mit dem Seminar für Europäische Ethnologie/Volkskunde der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel alle in Deutschland bestehenden Heimatsammlungen und macht diese über eine Internet-Präsentation öffentlich zugänglich. Außerdem sollen in einer begleitenden Gesamtdarstellung die Geschichte und die gesellschaftliche Funktion insbesondere für die Integration der Vertriebenen dargelegt, die politische Dimension umrissen sowie eine kulturhistorische Einordnung der Heimatsammlungen vorgenommen werden.

7. Das Thema Flucht und Vertreibung im Schulunterricht verankert

Die Union hat sich dafür eingesetzt, das Thema Flucht und Vertreibung bundesweit verstärkt im Schulunterricht zu verankern. Denn einerseits nimmt das Interesse an der weltweit größten demografischen Umwälzung des 20. Jahrhunderts und einer der größten Katastrophen der Geschichte zu, jedoch nimmt andererseits die Zahl der Zeitzeugen ab. In den unionsgeführten Bundesländern gibt es dazu in den vergangenen Jahren wegweisende Initiativen. Beispielgebend sind hier der Freistaat Bayern, wo sehr gute Zeitzeugenprojekte durchgeführt wurden oder das Land Baden-Württemberg, das eine umfangreiche Lehrerhandreichung herausgegeben hat.

8. Integration der Spätaussiedler verbessert

Allein seit 1988 sind mehr als drei Millionen Spätaussiedler zu uns in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Die überwiegende Mehrzahl ist gut integriert. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrem Positionspapier zum nationalen Integrationsplan unter der Überschrift „Identität und Weltoffenheit sichern – Integration fordern und fördern“ wichtige Ansätze für eine verbesserte Integration der Spätaussiedler mit akademischem Hintergrund im Hinblick auf den Arbeitsmarkt geliefert. Die Union hat dafür gesorgt, dass mit den Fördermaßnahmen des Bundes Grundlagen für das konfliktfreie Einleben gelegt werden. Deshalb haben wir das Stundenvolumen der ergänzenden Integrationsförderung für Spätaussiedler verdoppelt.

9. Entschädigung für Ost-Kriegsheimkehrer

Die Union hat mit dem am 1. Juli 2008 in Kraft getretenen Heimkehrerentschädigungsgesetz erreicht, dass eines der letzten offenen Kapitel der Kriegsfolgenbewältigung für Betroffene in den neuen Bundesländern abgeschlossen werden konnte: Kriegsgefangene, die in die Sowjetische Besatzungszone/DDR entlassen wurden, sind vergleichbar entschädigt worden wie seinerzeit Kriegsgefangene, die in den Westen Deutschlands heimkehrten. Durch den Einsatz der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es gelungen, die Einmalzahlung früher als geplant durchzuführen und damit noch viele dieser vom Schicksal hart Getroffenen zu erreichen: über 37.000 Anträge – fast das Dreifache der beim Gesetzgebungsverfahren angenommenen Zahl – sind positiv bewilligt und insgesamt bis 2009 circa 22 Millionen Euro aufgewandt worden.

10. Denkmalpflege aufgestockt

Einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt des deutschen Kulturerbes leisten wir auch durch die Förderung der Denkmalpflege, für deren Aufstockung sich die Union stark gemacht hat. So konnte Deutschland zum Beispiel im Juni 2008 schnelle Hilfe leisten, nachdem im siebenbürgischen Bistritz der frisch renovierte Kirchturm der evangelischen Stadtpfarrkirche in Flammen aufging. Oder im heute polnischen Marienburg wird die Restaurierung des mittelalterlichen Jerusalem-Hospitals gefördert.

11. Aktive Minderheitenpolitik

Die Union hat sich für eine aktive Minderheitenpolitik engagiert und die besondere Verpflichtung verfolgt, die vier autochthonen Minderheiten in Deutschland (Dänen, Sorben, Friesen und deutsche Sinti und Roma) so zu unterstützen, dass diese Minderheitenförderung Reverenzcharakter für Europa entwickeln kann. Zugleich hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion durch ihre Delegationsreisen Solidarität mit den deutschen Minderheiten im Ausland bekundet und das Ziel weiter verfolgt, Deutsche, die als autochthone Minderheit in Mittelost- und Südosteuropa leben, von Deutschland so zu fördern, dass sie einen Beitrag zum europäischen Einigungsprozess leisten können.

12. Positive Nachbarschaftspolitik

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat durch zahlreiche Treffen und Gespräche mit politischen Vertretern der östlichen EU-Staaten zu einer positiven Nachbarschaftspolitik beigetragen. So war die Gedenkkonferenz 2007 des ungarischen Parlamentes, in der an die Entrechtung und Vertreibung der deutschstämmigen Zivilbevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert wurde, eine große Geste, deren Bedeutung für Aufarbeitung und Aussöhnung kaum zu überschätzen ist: Die Betroffenen selbst waren maßgeblich an der Veranstaltung beteiligt, zu denen neben Repräsentanten des Bundes der Vertriebenen sowohl die Vertreter der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn als auch die Vertreter der in Ungarn lebenden deutschen Minderheit zählten.

IMPRESSUM

Herausgeber:	Peter Altmaier MdB Stefan Müller MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme
Redaktion:	Sven Oole (verantwortlich) Martin Kreienbaum
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154